

28. 09. 77

Sachgebiet 11

Bericht

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß) gemäß § 96 der Geschäftsordnung

zu dem von der Bundesregierung eingebrachten

**Entwurf eines Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Abgeordneten
des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland
(Europaabgeordnetengesetz — EuAbgG)
— Drucksachen 8/362, 8/918 —**

Bericht des Abgeordneten Dr. Riedl (München)

Der Gesetzentwurf ist mit der Haushaltslage vereinbar.

Der Gesetzentwurf trifft Bestimmungen zur Sicherung der freien Bewerbung um ein Mandat und der freien Mandatsausübung im Europäischen Parlament, über bestimmte Rechte wie zum Beispiel das Recht der freien Benutzung staatlicher Verkehrsmittel und über das Verhältnis von Amt und Mandat im Europäischen Parlament, weil der Akt zur Einführung allgemeiner unmittelbarer Wahlen der Abgeordneten des Europäischen Parlaments nur wenige Vor-

schriften über den Status der direkt gewählten Abgeordneten enthält.

Der Gesetzentwurf hat keine unmittelbaren Auswirkungen auf die Haushalte des Bundes und der Länder. Die durch die vorgesehene Freifahrtberechtigung auf staatlichen Verkehrsmitteln entstehenden Kosten werden geringfügig sein und sind nicht bezifferbar.

Dieser Bericht beruht auf der vom federführenden Innenausschuß vorgeschlagenen Beschlußempfehlung.

Bonn, den 28. September 1977

Der Haushaltsausschuß

Dr. Bußmann	Dr. Riedl (München)
Stellv. Vorsitzender	Berichterstatler

